

Erklärung des außerordentlichen Landesparteitages der SPD Sachsen-Anhalt am 14. Februar 2009 in Zerbst

Deutschland befindet sich in der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Es ist ganz offensichtlich, dass die Politik der Deregulierung, der Marktliberalismus, des nicht ausreichend regulierten Kapitalismus Ursache für die gegenwärtige Krise ist. Die Globalisierung muss freiheitlich, gerecht und solidarisch gestaltet werden. Politische Handlungsmacht muss zurück gewonnen werden. Sozialdemokratische Politik muss und wird dazu beitragen, dass die Widersprüche und Auswüchse der marktbestimmten Globalisierung überwunden werden.

Viele Menschen sind verunsichert, sie spüren, dass die Macht des international agierenden Kapitals begrenzt werden muss, zweifeln aber daran, ob dies gelingen kann. Sie erwarten dennoch von der Politik Orientierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt wollen in den kommenden Wochen und Monaten vor den Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen mit den Menschen besonders intensiv ins Gespräch kommen. Wir werden zuhören und Antworten geben – fernab von tagespolitischen Auseinandersetzungen und Aufregungen. Wir wollen eine Debatte führen über Fragen wie: Wie erhalten wir dauerhaft Wohlstand auf hohem Niveau, sozial gerecht, ökologisch vernünftig? Wie muss unsere soziale Gesellschaft und unser Sozialstaat in der Zukunft aussehen? Was passiert, wenn sich ein immer größerer Teil von Gutverdienenden aus dem Sozialsystem ausklinkt? Wie leben wir in einer älter werdenden Gesellschaft?

Unsere Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft sind: Wir setzen auf das Soziale und das Demokratische als Handlungsmaxime. Das sind die beiden großen Ideen, die den gesellschaftlichen Fortschritt bringen. Der organisierte Sozialstaat, in dem jeder nach Kräften eigene Leistungen erbringt und in dem Menschen nicht auf Almosen angewiesen sind, sondern ein Recht auf Hilfe haben. Dass sie Pflichten und Rechte haben in der Solidargemeinschaft. Und das Demokratische, damit sich Menschen nicht in Herren und Unterdrückte teilen, sondern frei und gleichberechtigt ihr Schicksal selbst bestimmen können. Wir sind sicher, dass die Menschen in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft leben wollen. Wir Sozialdemokraten wollen mit ihnen zusammen Antworten finden, wie wir das erreichen können. Wir brauchen eine Politik, die mehr sozialen Zusammenhalt in den Städten organisiert und dafür sorgt, dass keine ländliche Region abgehängt wird.

Die Gesellschaft der Zukunft hat nur eine Perspektive, wenn die Menschen eine gute Bildung und Ausbildung erhalten. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bildung zu aller erst ein Menschenrecht, dann aber auch ökonomische Voraussetzung für Wohlstand. Zur Gleichheit der Menschen gehören gleiche Chancen auf Aufstieg. Wir wollen mehr in vorschulische Bildung investieren und streben Gebührenfreiheit für Krippen und Kitas an. Wir wollen dafür sorgen, dass

kein Kind die Schule ohne Abschluss verlässt. Wir wollen einen Ausbildungsplatz für jeden und keine Gebühren fürs Studium.

Viele Menschen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz, und Arbeitslose haben wenig Hoffnung, wieder einen zu bekommen. Die wirtschaftliche Rezession wird die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Gefahr bringen. Zugleich ist deutlich, dass unsere Wirtschaft in der globalen Arbeitsteilung immer stärker auf qualifizierte, spezialisierte Fähigkeiten und Fertigkeiten bauen muss. Deshalb müssen wir berufliche Qualifikationen mit allen Mitteln erhalten und auch nach der Schulausbildung noch in Qualifizierung und Weiterbildung zu investieren. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten setzen wir uns dafür ein, dass die Krise nicht zur Ausbreitung von Lohndumping genutzt wird. Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn auch seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Wir kämpfen für gesetzliche, existenzsichernde Mindestlöhne. Unser Ziel bleibt gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Frauen und für Männer.

Wir begrüßen das Konjunkturpaket II der Bundesregierung für zusätzliche Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie in die Infrastruktur. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Landesebene und im kommunalen Bereich engagieren sich bei der Identifizierung und zügigen Umsetzung zusätzlicher Projekte, die unser Land nachhaltig voran bringen werden. Dadurch wird Arbeit geschaffen und die Krise etwas abgemildert werden.

Die Entscheidung über die Verankerung einer Schuldenbremse auf Landesebene muss in der jeweiligen Landesverfassung erfolgen und liegt in der alleinigen Entscheidungskompetenz der Länderparlamente.

Die Gesprächsreihe „Das neue Jahrzehnt“ des Parteivorstandes wollen wir nutzen, mit möglichst vielen Menschen über die sozialdemokratische Orientierung für das nächste Jahrzehnt ins Gespräch zu kommen und auch auf diese Weise unseren Beitrag für ein SPD-Wahlmanifest zur Bundestagswahl zu leisten. Aus unserer Sicht muss das Wahlmanifest eine klare Aussage darüber enthalten, wie die enorme Kluft zwischen Arm und Reich verkleinert werden kann. In diesem Zusammenhang schlagen wir eine Zwangsanleihe auf Einkommen und Vermögen des wohlhabendsten Zehntels der deutschen Bevölkerung vor, das als einzige gesellschaftliche Gruppe vom wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre profitiert hat. Weiterhin erwarten wir, dass die übergeordnete Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates, nämlich die Integration aller Menschen in die Gesellschaft, durch Fortentwicklung sozialdemokratischer Projekte voran getrieben wird. Dazu gehören die Umwandlungen der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung in eine Bürgerversicherung und der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung. Mit der Inangriffnahme dieser Großprojekte unterscheiden wir uns deutlich von Positionen der Konservativen und Neoliberalen. So können wir die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gewinnen.

Als ein wichtiges Thema für das SPD-Wahlmanifest sehen wir die Alterssicherung. Es geht dabei erstens um Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und zweitens um die Herstellung eines einheitlichen zukunftsfesten deutschen Rentenrechts. Gerade bei der Angleichung von Löhnen und Renten gibt es große Befindlichkeiten bei den Ostdeutschen. Unterschiedliche Rentenberechnungen sind fast 20 Jahre nach dem Mauerfall kaum mehr vermittelbar. Es geht darum, eine Lösung zu erarbeiten, die die Interessen der Rentner und Beitragszahlerin Ost und West gleichermaßen wahrt und in einer öffentlichen Gerechtigkeitsdebatte erfolgreich verteidigt werden kann. Dabei muss sowohl die sachliche als auch die emotionale Seite berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang stimmen die Delegierten des Parteitages dem Positionspapier „Angleichung der Rentensysteme in Ost und West“ der Landesgruppe Ost der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zu.

Beschluss LPT-2009-02
SPD-Landesparteitag 14. Februar 2009 in Zerbst

Zum Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Der SPD-Landesparteitag am 14.02.2009 in Zerbst bittet die SPD Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalts, sich dafür einzusetzen, dass

1. das Land Sachsen-Anhalt die Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Kommunen und Länder schnellstmöglich weitgehend, pauschal und in vollem Umfang für die im Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder vorgesehenen Maßnahmen zur Verfügung stellt.
2. Die von der Bundesregierung den Kommunen zugedachten Mittel dürfen auch nicht teilweise zur Kompensation von Landesmitteln und damit indirekt zur Haushaltsentlastung des Landes eingesetzt werden.
3. Auch Kommunen in extremer Haushaltsnotlage bzw. mit nicht genehmigten Haushalten muss die Teilhabe am Investitionsprogramm ermöglicht werden.

Beschluss LPT-2009-03
SPD-Landesparteitag 14. Februar 2009 in Zerbst

Koalitionsvertrag umsetzen – Sekundarschule Lützen erhalten

Der Landesparteitag bittet die SPD-Landtagsfraktion darauf hinzuwirken, dass die Vereinbarungen zur Schulentwicklungsplanung im Koalitionsvertrag auch in Bezug auf die Sekundarschule Lützen im Burgenlandkreis umgesetzt werden.

Es geht immer besser! Die SPD Sachsen-Anhalt im Superwahljahr 2009 und auf dem Weg ins neue Jahrzehnt

1. Im Wahlkampf für die Bundestagswahl im September werden von Vertretern der SPD Sachsen-Anhalts ausschließlich unsere Inhalte in den Mittelpunkt ihrer öffentlichen Auftritte gestellt. Das gilt für Kandidatinnen und Kandidaten wie auch für Mitglieder des Landesvorstands, des Landesparteirats oder für Exponenten der Arbeitsgemeinschaften. Spekulationen über Koalitionen nach der Wahl müssen dringend vermieden werden. Eine Koalition mit der Linken auf Bundesebene ist für uns ausgeschlossen.
2. Die Förderung und Gewinnung von politischem Nachwuchs für den Landesverband darf mit dem Mentoring-Programm nicht abgeschlossen sein; dieses ist vielmehr als Auftakt zu einer dringend notwendigen Verjüngung des Landesverbandes zu begreifen. Für die Zukunft brauchen wir mehr junge, engagierte und motivierte Frauen die unser personelles Defizit überwinden.
3. Auf Landesparteitagen wird künftig die vollständige Beratung und Beschlussfassung über gestellte Anträge zum Ziel erklärt. Die Beschlussbücher der Landesparteitage werden auf der Internetseite des Landesverbandes veröffentlicht. Die Anzahl der Grußworte wird auf ein notwendiges Minimum reduziert.
4. Es wird eine offene Diskussionskultur im gesamten SPD-Landesverband, vor allem aber in den Gremien, angestrebt.
5. Unser erklärtes Ziel für die Bundestagswahl muss es sein, wieder alle Direktmandate zu gewinnen. Dieses Vorhaben ist nicht nur als Lippenbekenntnis zu verstehen, sondern muss parteiintern zur Mobilisierung von Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern genutzt sowie vom SPD-Landesverband geschlossen in die Öffentlichkeit getragen werden.